WP-1 Lebensgrundlagen erhalten

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	25.10.2021
Tagesordnungspunkt:	3. Programm zur Landtagswahl 2022

Antragstext

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist die Aufgabe unserer Zeit. Denn die Klimakrise und das Artensterben sind längst auch in Nordrhein-Westfalen angekommen, sie finden direkt vor unserer Haustür statt. Wer Klima und Umwelt schützt, schützt auch unsere Freiheit und die der nachfolgenden Generationen.

Wenn wir jetzt entschlossen handeln, können wir die schlimmsten Auswirkungen der Klimakatastrophe und des Artensterbens noch abwenden. Dafür braucht die Klima- und Umweltpolitik NRW einen echten Neustart.

Sehr viele Menschen in NRW sind schon längst weiter als die Landesregierung: Es sind die vielen Millionen, die beispielsweise eine Solaranlage oder Teile davon besitzen; all diejenigen, die Produkte aus der Region kaufen, verstärkt Rad, Bus und Bahn benutzen und für einen starken Klimaschutz auf die Straße gehen. Sie alle verdienen Unterstützung in ihrem Engagement durch einen von Bundes- und Landespolitik gestalteten Rahmen, der eine klimaneutrale Gesellschaft tatsächlich möglich macht.

Im Klimaschutz steckt eine riesige Chance für einen sozialen und ökologischen Wandel, der das Leben in Nordrhein-Westfalen für alle verbessern wird. Ein klimagerechter Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit, neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze, intakte Natur und eine höhere Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land sind unsere Leitplanken.

Dieser Wandel geht nur mit einer mutigen Politik, die Vorsorge und Verantwortung endlich großschreibt und nicht im Reparatur-Modus verharrt. Mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm schlagen wir jetzt die Pflöcke ein, um unser Land bis 2040 klimaneutral zu machen und auf den 1,5°C-Pfad des Pariser Klimaabkommens zu kommen. Der Kohleausstieg bis 2030 gehört genauso zu unserem Plan wie ein Industriepakt mit der Wirtschaft und einem Klimavorbehalt für alle Landesgesetze. Mit Sonnenenergie von jedem geeigneten Dach und Rückenwind für die Windenergie machen wir NRW zum Vorreiter bei den Erneuerbaren Energien. So schaffen wir zehntausende sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze.

Wir machen das Unterwegssein im Land einfach, sicher, umweltfreundlich und für alle bezahlbar. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass unsere Mobilität nicht weiter das Klima aufheizt, lärmt und die Luft in unseren Städten verschmutzt. Für Fahrräder und Fußgänger*innen gibt es mehr Platz. Dörfer und auch abgelegene Regionen binden wir endlich an Bus, Bahn und vernetzte Mobilitätsangebote an. Grüne Oasen in der Stadt spenden auch im Sommer Schatten und sorgen für frische Luft. Und auch die Industrie wird durch den Umstieg auf erneuerbare Energien und konsequente Kreislaufwirtschaft leiser, sauberer und effizienter. Von Dürre und Borkenkäfern gezeichnete Wälder ergrünen wieder als widerstandsfähige und klimaangepasste Mischwälder. Mehr Platz für Tiere in den Ställen sorgt für mehr Tierwohl, besseren Klimaschutz und gesündere Nahrungsmittel. Die Landwirte erhalten faire Preise für ihre Produkte und einen Ausgleich für die Leistungen, die sie für Umwelt- und Klimaschutz und damit für uns alle erbringen. Wir geben

der Natur wieder mehr Raum, holen die Schmetterlinge zurück in unsere Gärten und Parks und die Bienen wieder zurück auf die Felder. Zu diesem Zweck setzen wir die Forderungen der Volksinitiative Artenschutz um und reduzieren den Flächenverbrauch ebenso wie den Pestizideinsatz.

Wir schützen das Klima

Sofortprogramm für mehr Klimaschutz in NRW

Nordrhein-Westfalen kann auf den 1,5-Grad-Pfad kommen und bis 2040 klimaneutral werden. Dafür leiten wir die wichtigsten Maßnahmen mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm ein. Wir nutzen alle Möglichkeiten, die wir auf Landesebene haben, um den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen und stellen den Kohleausstieg bis 2030 sicher. Wir legen ein Klimaschutzgesetz vor, das hält, was es verspricht. Mit klar definierten jährlichen Zielen für jeden Sektor und verpflichtenden Plänen, wie sie erreicht werden sollen. Ein Klima-Sachverständigenrat überwacht die Erreichung der Ziele. Kommunen statten wir mit mehr Geld und Personal für Klimaschutz und den Schutz vor Klimawandelfolgen aus. Kommunale Planungen und Konzepte zu Klimaschutz und Klimaanpassung sind für uns Teil der Daseinsvorsorge. Mit klaren Regeln und Zielen schaffen wir Planungs- und Investitionssicherheit für die Unternehmen im Land. Industrieunternehmen geben wir mit einem Industriepakt gezielt Unterstützung für Investitionen in klimaneutrale Prozesse. Damit ergänzen wir auch die Instrumente, die umgehend auf Bundesebene auf den Weg gebracht werden müssen: eine höhere CO_2-Bepreisung, Klimaverträge und steuerliche Anreize für Investitionen in Klimaneutralität.
Beim Verkehr senken wir die Emissionen mit einem ambitionierten Fahrradgesetz, einem Klima-Check für Straßenbauvorhaben und mehr Unterstützung für den Ausbau von Bus und Bahn. Haushalte mit geringen Einkommen wollen wir mit höheren Förderquoten in Landesförderprogrammen besonders unterstützen.

Klima-Check für alle Landesgesetze und für Förderprogramme

Wir werden einen Klimavorbehalt für neue Gesetze einführen. Schon jetzt fordert das Klimaschutzgesetz, dass neue Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften den Zielen des Klimaschutzgesetzes nicht entgegenstehen dürfen. Diese Regelung werden wir auf Gesetze ausdehnen und konkreter machen: Für jedes Gesetz wird berechnet, wie viel Treibhausgase entstehen oder vermieden werden und wie sich das mit den Klimazielen vereinbaren lässt. Gleiches gilt für eine Abschätzung der sozialen Auswirkungen. Wir haben hierbei aus Fehlern der Vergangenheit gelernt und werden keine Bürokratiemonster, sondern intelligente, rasch umsetzbare Verfahren auflegen. Einen vergleichbaren Klima-Check werden wir für die Förderprogramme des Landes einführen. Landesgeld darf nicht die Klimakrise anheizen.

Klimaanpassung: NRW vor der Klimakrise schützen

Schon heute ist es in unserem Land 1,5 Grad wärmer als zu Beginn des letzten Jahrhunderts und auch wenn es uns gelingt, die Klimaschutzbemühungen deutlich zu erhöhen, wird es zu einem weiteren Anstieg kommen. Besonders in ländlichen Gebieten steigt die Gefahr von Waldbränden. Land, Städte und Gemeinden in

Nordrhein-Westfalen müssen sich noch besser an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise anpassen, die etwa durch Hitze, Dürren, Stürme und Starkregen entstehen. Um unsere Städte im Sommer zu kühlen, werden wir offene Wasserflächen und mehr Grün in die Städte bringen und auf Plätzen, Dächern und Fassaden und über Frischluftschneisen für Abkühlung sorgen. Bei Starkregen kommt jede Kanalisation an ihre Grenzen, daher ist der Umbau anhand des Leitbilds der „Schwammstadt“ so wichtig. So können die Städte mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend wirken. Flächenfraß und Versiegelung werden wir mit intelligenter Stadtplanung Einhalt gebieten. Für diese Aufgaben brauchen die Kommunen mehr Unterstützung von Land und Bund. Wir werden die Landesförderungen beispielsweise für die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten oder die Fassadenbegrünung ausweiten. Auch bei der Klimaanpassung gilt: Keine Landesmittel mehr ohne vorherigen Klima-Check. Flächen, die für die Klimaanpassung wichtig sind, wollen wir effektiver vor Bebauung oder anderer Versiegelung schützen.

Erneuerbare Energien gemeinsam ausbauen: schnell, naturverträglich, fair

Nur mit Strom aus erneuerbaren Quellen bekommen wir die Klimakrise in den Griff. Deswegen stellen wir den Ausbau von Windenergie und Solaranlagen ins Zentrum. Der Großteil der Treibhausgasemissionen stammt aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas. Da wir darauf nicht mehr angewiesen sein wollen, brauchen wir sehr schnell viel mehr Strom aus Wind und Sonne. Dies gilt auch, wenn konsequent alle Möglichkeiten für mehr Energieeffizienz genutzt werden. Unser Ziel ist, bis 2035 die Stromversorgung von Nordrhein-Westfalen zu 100 Prozent auf Erneuerbare umzustellen. Deswegen werden wir umgehend eine echte Ausbauoffensive für Windenergie und Photovoltaik auf den Weg bringen. Als Teil dessen werden wir Mindestabstände für neue Windenergieanlagen abschaffen und jährliche Mindest-Ausbaupfade für Windkraft und Solar festlegen. Denn von einer sicheren Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien hängt nicht nur erfolgreicher Klimaschutz ab, sondern auch die Zukunft unseres Industriestandortes. Die Ausbauhemmnisse auf Landesebene werden wir beispielsweise durch Änderungen in der Landesplanung, dem Klimaschutzgesetz oder der Landesbauordnung aus dem Weg räumen. Daneben werden wir mit einer stärkeren Bündelung auf Landes- und Regionalplanebene die Planungen für die Erneuerbaren Energien beschleunigen und die überörtliche Steuerung im Sinne des Arten- und Naturschutzes verbessern. Arten- und Naturschutz zu sichern, Fairness und Teilhabe für Bürger*innen auf Augenhöhe und eine Beschleunigung der Planungsverfahren gehört für uns beim Ausbau der Erneuerbaren zusammen.

Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen

Klimaschutz und Digitalisierung sind eng miteinander verwoben und werden unser Land grundlegend verändern. Nur mit digitalen Mitteln werden wir unsere Gesellschaft klimaneutral umbauen können. Mit künstlicher Intelligenz und digitaler Steuerung von den Übertragungsnetzen bis in jedes Gebäude bleibt das erneuerbare Energiesystem stabil – auch wenn Millionen E-Autos geladen werden und Wärmepumpen unsere Häuser heizen. In der Industrie sind mit stärkerer Digitalisierung noch immer enorme Effizienzgewinne möglich. Gleichzeitig muss die Digitalisierung konsequent an Klimaneutralität und Nachhaltigkeit

ausgerichtet werden, damit sie nicht zum Brandbeschleuniger der Klimakrise wird. Wir wollen verhindern, dass Effizienzgewinne durch den überbordenden Datenverbrauch fragwürdiger Anwendungen aufgefressen werden. Mit einer ambitionierten Green-IT-Strategie machen wir daher die öffentliche Verwaltung zum Vorreiter bei der Nutzung von Green IT und klimaneutralen Rechenzentren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Ausbau des schnellen Internets ab sofort allein mit Glasfaser und 5G erfolgt. Dadurch können wir Energieeinsparungen gegenüber bisherigen Netzen nutzen.

Den Jobmotor Klimaschutz zum Laufen bringen

Der Wandel unserer Gesellschaft in Richtung Klimaneutralität bedeutet ein nie dagewesenes Modernisierungsprogramm. Es sichert bestehende Arbeitsplätze und schafft viele neue. Das Erreichen von Klimaneutralität spielt für unsere Unternehmen und Nordrhein-Westfalen als Standort eine immer größere Rolle im weltweiten Wettbewerb. Im Bereich Erneuerbarer Energien, aber auch in der Bauwirtschaft, der Kreislaufwirtschaft oder der Industrie werden durch die notwendigen Investitionen in Milliardenhöhe hunderttausende neue Arbeitsplätze entstehen. Indem wir Landesfördermittel mit einem Klima-Check klar an einen Nutzen für den Klimaschutz binden, unterstützen wir den Aufbau zukunftsfähiger Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsplätze. Schon jetzt arbeiten fast 500.000 Menschen in unserem Land in grünen Jobs. Diese zukunftsfähigen Jobs müssen aber auch nachhaltig im Sinne fairer und sicherer Arbeitsbedingungen sein. Wo das Land Einfluss darauf nehmen kann, z.B. bei der Vergabe von Fördermitteln, werden wir tarifvertraglich gesicherte oder mindestens vergleichbare Bedingungen einfordern. In einzelnen Branchen wie der fossilen Energiewirtschaft werden Arbeitsplätze wegfallen. Uns ist sehr bewusst, dass der Verlust der Arbeit einen enormen Einschnitt in jede einzelne Biografie bedeutet. Wir lassen aber niemanden damit allein, sondern werden diese Menschen durch Instrumente wie das Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld dabei unterstützen, sich für zukunftsfähige Arbeitsfelder fit zu machen.

Wir geben NRW neue Energie – grün, sicher und dezentral

Kohleausstieg auf 2030 vorziehen

Ein Kohleausstieg erst 2038 passt mit den Klimazielen nicht zusammen. Wir gehen voran und setzen mit einer neuen Leitentscheidung den Rahmen für ein Ende des Braunkohleabbaus bis 2030. Wir stellen hierbei Menschen und Klimaschutz ins Zentrum, damit alle Dörfer bleiben. Mit einem Abrissmoratorium werden wir eine weitere sinnlose Zerstörung von Infrastruktur und Heimat verhindern. Auch die in der Kohleindustrie Beschäftigten verdienen ehrliche Ausstiegsplanungen im Einklang mit den klimapolitischen Notwendigkeiten. Nur so kann eine verlässliche Planung gewährleistet und können kurzfristige Einschnitte vermieden werden.

Die Industrie in unserem Land ist auf eine gleichbleibend hohe Versorgungssicherheit angewiesen. Deswegen gehört zum Kohleausstieg untrennbar der Ausbau der Erneuerbaren Energien, ganz besonders in NRW. Daneben werden wir

uns auch für eine Beschleunigung des Netzausbaus einsetzen, damit der Windstrom aus dem Norden auch zu uns kommt.

Wir werden sicherstellen, dass sich RWE auch bei einem vorgezogenen Kohleausstieg nicht aus der Verantwortung für eine ordnungsgemäße Rekultivierung und die Ewigkeitskosten des Braunkohleabbaus stehlen kann. Die Planungen für die Versorgung der Feuchtgebiete und die Befüllung der Tagebau-Rest-Seen mit Wasser aus dem Rhein müssen umgehend vor dem Hintergrund des Klimawandels überprüft und an einen früheren Ausstieg angepasst werden. Statt unnötige Autobahnen wiederherzustellen, muss RWE das Geld in eine ökologisch hochwertige Renaturierung investieren. Den Hambacher Wald werden wir in öffentlichen Besitz überführen, schützen und in einen Ökosystemverbund einbetten, in dem er seine Funktion als Rückzugsgebiet für seltene Arten wieder übernehmen kann.

Sonnenenergie von jedem Dach

Gerade im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen bieten die Dachflächen ein enormes Potenzial für die Energiewende. Etwa die Hälfte des heutigen Stromverbrauchs könnte dort erzeugt werden, wenn wir den Turbo für die Solarenergie zünden. Mit Solarenergie kommt die Energiewende in die Dörfer und Städte. Wir wollen, dass Solaranlagen zum Standard auf unseren Dächern werden. Dafür brauchen wir faire Rahmenbedingungen auf Bundesebene und deutlich weniger Bürokratie. Dazu gehören auch Erleichterungen beim Denkmalschutz. Um auch Mehrfamilienhäuser endlich flächendeckend für die Solarenergie zu nutzen, werden wir Mieterstromprojekte besonders unterstützen. Wir werden die öffentlichen Gebäude von Land und Kommunen zu Klima-Vorbildern machen und so schnell wie möglich alle geeigneten Dachflächen vollständig nutzen. Auch auf Gewerbegebäuden und Neubauten werden Solaranlagen mit uns schnell zum Standard. Perspektivisch muss jedes geeignete Dach eine Solaranlage zieren. Pachtmodelle können hier unterstützend wirken, denn nicht jede*r möchte oder kann selbst in eine Anlage investieren.

Solarparks säumen unser Autobahnnetz

Auch wenn wir auf jedem Dach Strom erzeugen: Wir brauchen auch den Strom und zunehmend auch die Wärme aus Freiflächensolaranlagen, um auf Kohle, Öl und Erdgas verzichten zu können. Auch hier nutzen wir die Standortvorteile von NRW und werden vor allem entlang des dichten Netzes der Autobahnen und Bahntrassen Flächen freigeben, genauso wie bereits versiegelte Flächen wie Parkplätze, Halden und Deponien. So vermeiden wir Flächenkonkurrenzen mit Landwirtschaft und Naturschutz. Das gilt noch mehr für Agri-Photovoltaikanlagen, bei denen die Stromproduktion mit Landwirtschaft oder Gartenbau auf der gleichen Fläche kombiniert wird. Die ersten Projekte werden wir wissenschaftlich begleiten, um Vor- und Nachteile, Potenziale und Hemmnisse ermitteln zu können. Wir wollen mit einem Solarenergie-Erlass unsere Vorstellungen für Kommunen und Planer*innen erläutern und mit klaren Vorgaben sicherstellen, dass die Anlagen Vorteile für Artenschutz und Biodiversität bringen. Wie bei der Windenergie wollen wir die Menschen und die Standort-Kommunen im Umfeld der Projekte frühzeitig einbeziehen und fair beteiligen.

Wieder Rückenwind für die Windenergie

Nach Jahren der Verunsicherung und des Gegenwinds geben wir der wichtigsten Erneuerbaren Energie wieder Rückenwind. Denn die Windenergie ist zusammen mit der Photovoltaik das Fundament für Energiewende und Klimaschutz. Wir werden die Grundlagen dafür legen, dass jedes Jahr mindestens 200 neue Anlagen gebaut werden können. Damit das gelingt, müssen etwa zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie gesichert werden. Feste Mindestabstände zur Wohnbebauung passen damit nicht zusammen. Wir werden sie daher wieder abschaffen. Außerhalb besonders schutzwürdiger Wälder werden wir die Windenergie wieder einfacher zulassen. Auch werden wir den Bau von Windenergieanlagen in Industrie- und Gewerbegebieten erleichtern. Außerdem werden wir Änderungen auf Bundesebene erwirken, damit ausreichend Flächen für neue Anlagen bereitstehen. Genauso müssen die Abgaben und Umlagen auf Strom und Wärme geändert werden. Wenn mehr als genug Wind weht und die Sonne scheint, muss es sich lohnen den Strom zu speichern, statt die Anlagen runterzufahren.

Wir werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren durch operative Verbesserungen und einheitliche Bewertungsmaßstäbe beschleunigen. Wir werden den Artenschutz auch bei dem notwendigen schnelleren Ausbau weiter stärken, indem Dichtezentren windenergie-sensibler Arten freigehalten werden. Im Gegenzug werden Anlagen in anderen Bereichen einfacher realisiert werden können. Mit einem umfangreichen Schutzprogramm helfen wir Vögeln und Fledermäusen. Repowering wollen wir erleichtern, so dass alte Windenergieanlagen dort, wo es keine Artenschutzbedenken gibt, zügig durch leistungsstärkere in der Nähe ersetzt werden können. Denn diese Standorte sind etabliert und in der Regel breit akzeptiert.

Power to the People: Bürger*innen an der Energiewende beteiligen

Die Energiewende wurde viele Jahre lang maßgeblich von Bürger*innen vorangetrieben. Mit uns Grünen bekommt die Demokratisierung der Energieversorgung neuen Schwung. So profitieren möglichst viele Menschen von günstiger Energie. Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks unterstützen wir bei der Projektentwicklung mit einem neuen Bürgerenergiefonds. Mit einem Siegel für Faire Windenergie schaffen wir Transparenz und Vertrauen. Wir setzen das Landesförderprogramm für Mieterstrom neu auf. In der Bundespolitik machen wir uns für attraktiven Mieterstrom stark. Denn gerade in unserem Bundesland mit vielen Mehrfamilienhäusern können Mieter*innen noch viel stärker am Ausbau der Erneuerbaren profitieren.

Tempo machen bei Heizungstausch und Gebäudesanierung

Es ist das heiße Eisen beim Klimaschutz: In zwanzig Jahren Millionen Gebäude – vom Einfamilienhaus auf dem Land bis zum Büroturm in der Innenstadt – klimaneutral und energieeffizient zu heizen. An der Technik scheitert es nicht. Mit Wärmepumpen, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder Fernwärme ist es möglich. Doch das Tempo, in dem jetzt gerade alte Heizungen ausgetauscht und Häuser gedämmt werden, reicht nicht aus. Wir verdreifachen die Sanierungsrate. Damit Land und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, werden wir bis 2030 alle

Landesliegenschaften energetisch sanieren und setzen ambitionierte Standards für öffentliche Neubauten. Nur so ist das gesetzliche Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung 2030 noch zu schaffen.

Wir helfen den Kommunen bei der Erstellung kommunaler Wärmeplanungen. Dadurch wird klar, wo Nah- und Fernwärmenetze ausgebaut werden können und wo auch in Zukunft jedes Gebäude einzeln beheizt werden muss. Wir vereinfachen die Förderprogramme des Landes, machen sie attraktiver und richten sie auf solche Maßnahmen aus, die mit dem Ziel der Klimaneutralität in Einklang stehen. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene für höhere Energieeffizienzstandards ein, auch für den Bestand. Beim Heizungstausch geben wir auch im Bestand eine Mindestquote für Erneuerbare Energien vor.

Wir stocken die Angebote zur Energieberatung der Verbraucherzentrale auf und machen sie kostenfrei. Darüber hinaus unterstützen wir die Kreise und kreisfreien Städte dabei, Sanierungsmanager*innen einzustellen und Energiekompetenzzentren aufzubauen. Dort sollen die Bürger*innen sich zu Energiewende und Klimaschutz beraten lassen können, Vorträge und Schulungen stattfinden und Technik unmittelbar erlebbar werden.

Fair geht mehr bei der Wärmewende

Ein warmes Zuhause geht auch ohne CO_2-Emissionen und hohe Heizkostenrechnung. Die technischen Lösungen dafür sind längst da. Wir wollen, dass es bei der Wärmewende fair zugeht. Die kontinuierlich steigende CO_2-Steuer sorgt für ehrlichere Preise. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass die Einnahmen aus dieser Steuer an die Menschen rückverteilt werden. Dadurch haben insbesondere Haushalte mit geringerem Einkommen am Ende des Jahres einen finanziellen Vorteil. Werden Mehrfamilienhäuser energetisch saniert, geht dies noch zu oft zu Lasten der Mieter*innen, da die Aufschläge auf die Miete häufig höher sind als die Einsparungen der Energiekosten. Auf Bundesebene wollen wir deshalb die Kosten fair zwischen den Vermietenden, den Mietenden und dem Staat aufteilen. Auf Landesebene wollen wir in den Förderprogrammen des Landes eine Sozialkomponente mit höheren Förderquoten für Haushalte mit niedrigem Einkommen einführen. Viele Menschen können sich eine aufwendige energetische Sanierung ihres Hauses mit den aktuellen Förderungen nicht leisten. Diese müssen auch mithilfe von Landesmitteln weiter verbessert werden. Zudem müssen die Prozesse bei der Nutzung der Landesförderprogramme vereinfacht und weiter digitalisiert werden.

Erdgas nur wohldosiert für den Übergang nutzen

Die Rolle von Erdgas als Brückentechnologie in der Energiewende wird überschätzt. Denn Erdgas hat gegenüber Kohle kaum Klimavorteile, wenn Leckagen bei Förderung und Transport berücksichtigt werden. Zudem binden uns neue Kraftwerke und Pipelines wegen der hohen Baukosten für mehrere Jahrzehnte daran. Daher werden wir dafür sorgen, dass neue Gaskraftwerke nur dort gebaut werden, wo sie wirklich für den Übergang gebraucht werden und mit den Klimazielen vereinbar sind. Das wird vor allem als Ersatz für Kohlekraftwerke in Fernwärmenetzen sein, wo Erneuerbare und Abwärmequellen auf Basis von kommunalen Wärmeplanungen noch nicht ausreichend verfügbar sind. Grundvoraussetzung ist,

dass sie in Zukunft auch mit Wasserstoff oder anderen klimaneutralen Gasen betrieben werden können und die Einbindung erneuerbarer Wärme nicht behindern. Neue Pipelines werden wir nur genehmigen, wenn sie auch erneuerbare Gase wie grünen Wasserstoff transportieren können.

Biogas als klimaneutrale Alternative zu Erdgas werden wir nachhaltiger machen. Dazu unterstützen wir die Betreiber dabei, auf Gülle und andere Reststoffe umzustellen. So können wieder mehr landwirtschaftliche Flächen für die Produktion von gesunden und regionalen Nahrungsmitteln genutzt werden.

Eine weitere Alternative zu Erdgas ist die Geothermie. Wir werden Wärmepumpen weiter fördern, die Wärme schon aus wenigen Metern Tiefe für die Beheizung von Gebäuden nutzen. Um aus Erdwärme Strom zu produzieren, muss man in Nordrhein-Westfalen mehr als tausend Meter tiefbohren. Wir werden die ersten Forschungsprojekte dazu unterstützen und dabei sicherstellen, dass keine Fracking-Verfahren oder andere wassergefährdende Technologien eingesetzt werden.

Atomausstieg vollenden – Urananreicherungsanlage Gronau schließen

Auch wenn in Nordrhein-Westfalen seit 20 Jahren kein Atomkraftwerk mehr am Netz ist: Der Atomausstieg ist hier noch lange nicht vollendet. Unser Ziel ist es, die Urananreicherungsanlage in Gronau schnellstmöglich zu schließen. Auf Bundesebene setzen wir uns zudem dafür ein, dass das Exportverbot im Atomgesetz auch für die Reststoffe aus der Urananreicherung in Gronau gilt.

Bei der deutschlandweiten Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven Abfall bekennen wir uns zum verabredeten Verfahren der Standortsuche. Für die Zwischenlagerung, wie z.B. in Ahaus, braucht es ein unter Beteiligung aller Betroffenen erarbeitetes Gesamtkonzept für ganz Deutschland mit einheitlichen Sicherheitsanforderungen. Wir ergreifen die Initiative für ein Abschalten grenznaher Atomkraftwerke in unseren Nachbarländern und schöpfen alle Einspruchsmöglichkeiten aus. Die Standortentscheidung für das geplante Logistikzentrum für Atommüll in Würgassen erscheint nicht erst nach der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 fragwürdig. Wir werden die Notwendigkeit und die Standortauswahl kritisch prüfen. Der Schutz der Bevölkerung muss oberste Priorität haben.

Wir sorgen für saubere und bezahlbare Mobilität – Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert

Garantiert mobil in ganz NRW – mit einem Ticket fürs ganze Land

Bisher werden in Nordrhein-Westfalen lediglich 8,5 Prozent der Wege mit Bus und Bahn zurückgelegt – da ist noch viel Luft nach oben. Wir machen umweltfreundliche Mobilität für alle attraktiv und bezahlbar. Wir streben eine Mobilitätsgarantie an, mit der alle Menschen im Land von 5:30 Uhr bis 22.30 Uhr mindestens im Stundentakt mit einer verlässlichen Verbindung vorankommen – in Großstädten mindestens halbstündlich von 4.30 bis 23.30. Die Angebote werden vertaktet, auf andere Busse und die Bahn abgestimmt, so dass der Umstieg überall

attraktiv wird. Flexible Bedienkonzepte via App und traditionelle Ruf- oder überörtliche Bürgerbusse sind gute begleitende Angebote dort, wo ein gut getakteter Busverkehr im Regelbetrieb kaum genutzt wird. Wir beenden das Tarifchaos und führen in den nächsten zehn Jahren schrittweise ein solidarisch finanziertes Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang macht das kostenlose Ticket für Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre. Wir senken den Preis für das landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus. Städte und Kreise, die schneller vorangehen wollen, unterstützen wir aktiv in ihren Modellprojekten. Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen wir sicherstellen, dass es für Studierende gut bezahlbar wird. Das Jobticket machen wir schrittweise zur Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen.

Wir bauen das Verkehrsnetz für das 21. Jahrhundert

Unsere Verkehrswege stammen im Wesentlichen aus vergangenen Jahrhunderten. Sie dienen zu großen Teilen dem motorisierten Verkehr und überlassen andere Verkehrsteilnehmer*innen oftmals sich selbst. Grüne Verkehrspolitik stellt demgegenüber Klimaschutz und Lebensqualität endlich in den Mittelpunkt. Wir werden Bahnstrecken reaktivieren oder ausbauen und Lücken oder Nadelöhre beseitigen. Stilllegungen und Entwidmungen von Bahnstrecken soll es nicht mehr geben. Damit das klappt, verdoppeln wir die pro-Kopf-Investitionen in Bus, Bahn, Schiene und Stationen. Städte und Kreise verpflichten und unterstützen wir, selbst verkehrsträgerübergreifend in moderne Verkehrswege zu investieren. Die drei Zweckverbände NWL, NVR und VRR stehen für einen Großteil der anstehenden Aufgaben bereit und sind gut darauf vorbereitet. Wir wollen sie bei ihrer Entwicklung vom Verkehrsverbund zum Mobilitätsverbund unterstützen und prüfen, ob wichtige neue Infrastruktur zukünftig von einer Landesverkehrsgesellschaft geplant und unterhalten wird. Für uns Grüne hat dabei der effektive Schutz vor Lärm und Schadstoffen Priorität. Darum wollen wir die Elektrifizierung heutiger Dieselstrecken bis 2030 abschließen. Straßenbauprojekte werden wir auf den Prüfstand stellen und Gelder, z.B. für unzeitgemäße Autobahnen oder Umgehungsstraßen, zugunsten der Sanierung maroder Straßen und des Ausbaus von Schienen- und Radwegen umschichten.

Mit dem Bus direkt und abgasfrei ans Ziel

Um die Verkehrswende in Stadt und Land schnell voranzubringen, werden wir in ein leistungsstarkes und emissionsfreies Busangebot im ganzen Land investieren. Bis 2025 werden wir 50 regionale Schnellbuslinien schaffen und so für alltagstaugliche, verlässliche Land-Stadt-Verbindungen und – wo entsprechende Angebote fehlen – auch zwischen den verschiedenen Ballungsräumen sorgen. Um auch zu Stoßzeiten schnelle Verbindungen zu gewährleisten, werden wir dem Vorbild anderer Länder folgen und Autobahnstandstreifen für Linienbusse öffnen. Die Beschaffung von emissionsfreien Bussen werden wir durch attraktive Förderbedingungen für die Kommunen und Verkehrsbetriebe vorantreiben, bei der Neuaufstellung oder Fortschreibung örtlicher Nahverkehrspläne wird die Festschreibung klimafreundlicher Antriebe in Zukunft zur Pflicht.

Sicher, schnell und barrierearm mit dem Fahrrad durch NRW

Seit einigen Jahren erfreut sich das Radfahren stark steigender Beliebtheit. Bereits rund acht Prozent der Wege werden mit dem Rad zurückgelegt. Bewegungen wie die Volksinitiative Aufbruch FahrradNRW fordern, das Fahrrad endlich als vollwertiges Verkehrsmittel anzuerkennen und den Radverkehr entsprechend zu fördern. Für uns Grüne ist der Radverkehr ein zentraler Baustein zur Erreichung unserer Klimaschutzziele. Mit einem neuen, besseren Radverkehrsgesetz werden wir Grüne die Grundlagen dafür schaffen, dass der Anteil des Radverkehrs zukünftig auf 25 Prozent wächst. Unsere Investitionsoffensive werden wir dazu nutzen, ein landesweites Radwegenetz aus Radschnellwegen und Radvorrangrouten zu entwickeln und unsere Kommunen finanziell bei der Umsetzung eigener Radverkehrskonzepte zu unterstützen. Wir bauen Jobrad-Modelle im öffentlichen Dienst konsequent aus und sorgen dafür, dass Fahrräder auch in Bussen und Bahnen bequem und gratis mitgenommen werden können. Straßenbau- und -sanierungsmaßnahmen ohne Zusatznutzen für einen sicheren und besseren Radverkehr wird es mit den Grünen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr geben.

Autos der Zukunft: Individuell. Elektrisch. Mobil.

Stau, Lärm, Abgase, andauernde Parkplatzsuche und steigende Kosten – Autofahren ist gerade in unseren Großstädten für immer mehr Menschen nicht mehr die erste Wahl. Andererseits sind gerade Familien im ländlichen Raum, aber auch Unternehmen und andere Einrichtungen nach wie vor auf den eigenen Wagen angewiesen. Wir setzen deshalb auf die Chancen des Elektroantriebs - in Verbindung mit unseren ehrgeizigen Ausbauzielen für die erneuerbaren Energien. In den kommenden fünf Jahren schaffen wir flächendeckende Lademöglichkeiten im privaten und öffentlichen Raum. Dazu werden wir die Parkraumverordnung anpassen und öffentliche wie private Ladepunkte, wo möglich in Verbindung mit Solar- und Speichertechnik weiter fördern. Unternehmen, die ihren Mitarbeitenden, Kund*innen oder der Nachbarschaft auf ihren Parkplätzen Lademöglichkeiten zur Verfügung stellen, werden wir dafür bei Steuern und Abgaben entlasten. Für uns Grüne ist es selbstverständlich, dass die öffentliche Verwaltung beim Umstieg auf den E-Antrieb vorangeht. Bis 2030 wollen wir öffentliche Fahrzeugflotten daher auf regenerative Antriebe umstellen.

Mehr Mobilität für alle durch intelligent vernetzte Angebote

Warum sollen wir uns auf nur ein Fortbewegungsmittel festlegen, wenn wir alle nutzen können? In Zukunft steht uns alles zur Verfügung, was uns bewegt. Wir sorgen für echte Wahlfreiheit durch die intelligente Vernetzung aller Verkehrsmittel. Dazu bauen wir die sogenannten Sharing-Angebote für Autos, Fahr- und Lastenräder, Scooter und andere Leihfahrzeuge aus. Bahnhöfe und Busplätze bauen wir zu Mobilitätsstationen um, die den Wechsel vom Auto oder dem Fahrrad in den Zug oder Bus erleichtern. Busse, Bahnen und Haltestellen werden endlich flächendeckend barrierefrei. Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung, um Angebote wie den Bus auf Bestellung oder Mitfahrdienste zu stärken. Um eine echte Vernetzung aller Angebote zu erreichen, werden wir private Anbieter verpflichten, Schnittstellen zu Mobilitätsplattformen der öffentlichen Hand bereitzustellen. Private Haushalte werden wir beim Umstieg unterstützen, indem

wir – analog zur Kaufprämie für E-Autos – eine finanzielle Förderung für den Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr oder das Fahrrad einführen.

Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

Mit zunehmender Geschwindigkeit erhöht sich nicht nur der Energieverbrauch unserer Autos, auch die Unfallgefahr steigt. Wir Grüne werden darum – mit oder ohne den Bund – für mehr Sicherheit auf nordrhein-westfälischen Straßen sorgen. Neben einem Sicherheitstempo von 130 km/h auf unseren Autobahnen werden wir auch das grüne Modell eines Regeltempos von 30 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften umsetzen. Städte und Kreise können dann selbstständig entscheiden, wo im begründeten Ausnahmefall weiter Tempo 50 gelten soll. Das sorgt nicht nur für mehr Sicherheit im Autoverkehr. Von grüner Verkehrspolitik profitieren endlich auch Kinder, Menschen mit Behinderung, Fußgänger*innen und Radfahrende. Ihre Sicherheit muss zukünftig oberste Priorität in der Verkehrspolitik unserer Städte und Gemeinden haben. Dazu verpflichten wir unsere Kommunen zur Aufstellung von Fuß- und Radverkehrskonzepten und fördern deren Umsetzung.

Flugverkehr klimaneutral ausrichten, Anwohner*innen schützen

Unsere globalisierte Welt ist ohne das Flugzeug nicht denkbar. Zugleich ist es heute wegen seines hohen Energieverbrauchs das klimaschädlichste Verkehrsmittel. Hinzu kommen der immense Flächenbedarf und die starken Belastungen für Anwohner*innen durch Fluglärm, Abgase und den An- und Abreiseverkehr. Wir Grüne nehmen diese großen Herausforderungen an und machen den Flugverkehr mit einem nachhaltigen Flugverkehrskonzept zukunftsfest. Um Kerosin durch klimaneutrale Treibstoffe zu ersetzen, wollen wir die Flughäfen Düsseldorf und Köln-Bonn zu Vorreitern bei der Beimischung von klimaneutralen Treibstoffen machen. Um die Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir Nachtflüge reduzieren und die Ausweitung sowie die Einhaltung von Nachtflugverboten fortlaufend überprüfen. An keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und klimapolitisch vertretbar. Die Zukunftsperspektiven der vier Regionalflughäfen werden wir genau analysieren. Sie müssen sich aus eigener Kraft tragen. Inlands- und Kurzstreckenflüge machen wir durch attraktive Alternativen mit Bus und Bahn so schnell wie möglich überflüssig.

Für einen klima- und umweltfreundlichen Güterverkehr

Rund 3,7 Milliarden Tonnen Güter wurden 2020 durch Deutschland bewegt. Davon wurden 3,2 Milliarden Tonnen auf der Straße transportiert, lediglich 500 Millionen Tonnen per Zug oder Binnenschiff. Wir Grüne wollen, dass sich endlich mehr auf Wasser und Schiene bewegt. Wir bekennen uns zum Ziel der Europäischen Union, 75 Prozent des Güterverkehrs, der aktuell auf der Straße stattfindet, auf die Bahn oder das Schiff zu verlagern. Verbleibenden LKW- Verkehr machen wir bis 2035 emissionsfrei. Unser Bahnausbau-Programm nutzen wir, um wieder mehr Industrie und Gewerbe ans Bahnnetz anzuschließen und den Ausbau der Schienenstrecken zu den unterschiedlichen Seehäfen endlich unter hohen Lärmschutzstandards umzusetzen. Eine Mautbefreiung für kombinierte Verkehre rund 50 km um Häfen und Güterbahnhöfe kostet nicht viel, ermöglicht aber, dass sich Multimodalität im Güterverkehr rechnet. In enger Abstimmung mit Umweltverbänden, Kommunen und der Wirtschaft werden wir einen neuen Landeswasserstraßenplan zur

Ertüchtigung unserer Schifffahrtswege und Binnenhäfen erarbeiten. Dabei ist es unser Ziel, auch in der Schifffahrt fossiles Schweröl durch alternative Kraftstoffe und Antriebe zu ersetzen.

Oberleitungen, Wasserstoff, grüne Biotreibstoffe und Batterien: Für jeden Laster der passende Antrieb

Im Güterverkehr, aber auch auf Baustellen, bei der Müllabfuhr oder der Feuerwehr wird großes bewegt. Wir machen auch den Schwerlastverkehr nachhaltig, indem wir alle Technologien und Antriebe fördern, die dazu geeignet sind. Gas-LKW werden längst in Serie hergestellt, auch Batterie-LKW's gibt es schon auf nordrhein-westfälischen Straßen und als Modellprojekte fahren die erste Busse und LKW bereits mit Wasserstoff. In Schleswig-Holstein wurden erfolgreich Oberleitungs-LKW getestet, auch Baden-Württemberg macht sich auf den Weg. In Zukunft brauchen wir all diese Antriebe, um auch in NRW für jedes Nutzfahrzeug die beste Lösung zu finden. Neben dem Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft werden wir gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund auch den Ausbau von Oberleitungen auf unseren Autobahnen vorantreiben. Unser Ziel ist es, dass Lastwagen unser Land bis 2035 elektrisch durchqueren können.

Wir schützen Natur und Umwelt

Artensterben stoppen – Volksinitiative Artenvielfalt umsetzen

Der Verlust an Tier- und Pflanzenarten spitzt sich jedes weitere Jahr zu. Die Hälfte aller Arten ist mittlerweile vom Aussterben bedroht. Wer durch die Natur streift, spürt es: Mit den Pflanzen und Tieren gehen über Jahrtausende gewachsene wertvolle Lebensräume unwiederbringlich verloren. Natur, die auch uns erhält und das Klima schützt. 115.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen haben mit ihrer Unterschrift für die „Volksinitiative Artenvielfalt" ein deutliches Zeichen für den Artenschutz gesetzt. Das ist gerade auch ein großer Erfolg für alle Aktiven, die sich oft ehrenamtlich seit Jahren im Natur- und Umweltschutz einsetzen. Wir setzen ihre Forderungen um, stoppen den Flächenfraß und unterstützen eine artenfreundliche Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur wirtschaftet. Dazu aktualisieren wir die „Biodiversitätsstrategie NRW" mit den neuesten Daten und mit ambitionierten Zielen. Mit einem „Landesprogramm Biologische Vielfalt" bringen wir die Landespolitik beim Schutz der biologischen Vielfalt endlich vom Reden ins Handeln. Für eine verlässliche und zielgerichtete Umsetzung sind die 44 Biologischen Stationen im Land bestens geeignet. Wir wollen sie besser ausstatten und vernetzen, sowohl untereinander als auch mit dem Zentrum für Biodiversitätsmonitoring in Bonn.

Wir verhindern die Versiegelung von immer größeren Flächen zu Lasten der Natur und der Landwirtschaft. Zu diesem Zweck verankern wir im Landesentwicklungsplan wieder das verbindliche Ziel, den Flächenverbrauch von aktuell über acht Hektar pro Tag in einem ersten Schritt auf fünf Hektar pro Tag zu begrenzen und bis 2035 auf netto null abzusenken. Dafür erarbeiten wir eine wirksame Strategie mit operativen Zielen und einer Flächenversiegelungsabgabe sowie weiteren konkreten Maßnahmen. Mit Hilfe eines Brachflächenfonds und einer verbesserten

Finanzausstattung des Flächenrecyclings starten wir eine Entsiegelungsoffensive und machen so vorhandene Flächen wieder nutzbar, statt neue Grünflächen zu versiegeln. Wir führen ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in dem die ökologische Qualität der Kompensationsfläche einen höheren Stellenwert erhält.

Lebensräume verbinden heißt Arten schützen – die Senne wird zweiter Nationalpark

Biologische Vielfalt braucht ihren Raum. Wo Lebensräume durch Straßen oder Siedlungen zertrennt werden, ist die Belastung für die Tierwelt groß. Aus diesem Grund schaffen wir einen übergreifenden Biotopverbund für Nordrhein-Westfalen. Hier bilden Wiesen, Weiden, Gewässerrandstreifen und andere Strukturen ein Netz, in dem die Ausbreitung und Wanderung von Arten und deren genetischer Austausch gewährleistet wird. Wo immer es möglich ist, müssen Schutzgebiete verbunden und solche größeren Biotop-Systeme hergestellt werden. Wir schützen wertvolle Lebensräume durch eine Pestizidminderungsstrategie für alle Flächen, ein Verbot von Pestiziden und Mineraldünger in Schutzgebieten sowie durch eine bessere Förderung für eine vielfältige Landschaftsstruktur. Mit Förderprogrammen und klaren Vorgaben schaffen wir Anreize für den Erhalt unterschiedlicher Lebensraumtypen und setzen dafür auf ein integriertes Lebensraumentwicklungsprogramm. Das Vorkaufsrecht für Schutzgebietsflächen für Verbände muss endlich umgesetzt werden.

Durch einen Nationalpark in der Senne und weitere neue Schutzgebiete schaffen wir zusätzlichen Rückzugsraum für gefährdete Arten. Gerade im Verbund von Senne und Teutoburger Wald kann ein weiteres großräumig vernetztes Schutzgebiet mit Wald- und Offenlandflächen im Norden des Landes entstehen. Dafür muss der „Teuto“ vor Rodungen und vor weiterem Abbaggern durch die Zementindustrie geschützt werden.

Intakte Moore und Feuchtgebiete liefern einen bedeutenden Beitrag zur CO_2-Minderung. Auch Grünland mit seinem weiträumigen Wurzelgeflecht ist ein wichtiger CO_2-Speicher. Wir wollen daher diese Ökoysteme besser schützen, durch gezielte Projekte aufwerten und den Wasserhaushalt dieser Lebensräume deutlich verbessern.

Mehr Artenschutz in unserer Nachbarschaft

Artenschutz gehört auch in die Stadt. Zum Schutz der Artenvielfalt im städtischen Raum setzen wir auf Nachverdichtung und Flächenrecycling, statt intakte Grünflächen zu bebauen. Wir setzen auf begrünte Fassaden und Dächer, auf starke kommunale Baumschutzsatzungen bis hin zu einem wirksamen Ausschluss von sogenannten Schottergärten in der Landesbauordnung. Pestizide haben in Hausgärten, öffentlichen und nicht-landwirtschaftlichen Flächen nichts verloren.

Entlang unserer Straßen muss es wieder summen. Straßengrün umrahmt mehrere tausend Kilometer Straße in Nordrhein-Westfalen. Wir machen eine insektenfreundliche und ökologische Pflege des Straßengrüns überall im Land zur Regel und schaffen damit parallel zum Straßen- ein Vielfaltsnetz.

In unseren Städten wird es nachts nicht mehr richtig dunkel. Diese Lichtverschmutzung ist nicht nur ein Problem für unseren Schlaf, sondern auch

für die biologische Vielfalt. Mit dem Verlust der Dunkelheit verlieren die nachtaktiven Tiere ihren Lebensraum. Wir verankern die Vermeidung von Lichtemissionen – dort wo es für die Sicherheit nicht notwendig ist – im Landesrecht, etwa durch belastungsärmere Leuchtmittel und klare Regeln für Neubaugebiete.

Wo Tier und Mensch eng zusammenleben, gibt es immer auch Konflikte, wie bei der Rückkehr des Wolfs. Hier ist das Land in der Verantwortung einen Ausgleich zu schaffen und zu vermitteln. Die bislang getroffenen Regelungen zum Wolfsmanagement sind unzureichend. Ziel allen Handelns muss ein möglichst konfliktfreies bzw. -armes Miteinander von Wolf und Mensch sein. Weidetierhaltung muss auch in Zukunft möglich sein und als wichtiger Beitrag zum Tier- und Artenschutz besser gefördert werden. Sie darf weder an fehlenden finanziellen oder personellen Ressourcen noch an Ängsten scheitern.

Klimaschutz und Artenschutz gehen nur zusammen

Natur- und Artenschutz braucht Klimaschutz und umgekehrt. Die Klimakrise heizt das Artensterben und den Verlust von Lebensräumen an. Intakte Ökosysteme wiederum dienen als natürliche CO_2-Senken und sind widerstandsfähiger gegen Klimaänderungen. Konflikte zwischen dem Ausbau klimanotwendiger Infrastruktur auf der einen und Natur- und Artenschutz auf der anderen Seite werden wir auflösen. Durch vorrausschauende, klare und verbindliche Vorgaben auf Bundes- und Landesebene schaffen wir eine Planungskultur, die Umweltregulierung nicht als Fesseln wahrnimmt und Bürger*innen und Umweltverbände nicht als „Planungs-Bremser“ abwertet, sondern ihre Ideen wertschätzt.

Wir bringen Schwung in die Infrastrukturplanung: mit einer Personal- und Nachwuchsoffensive sowie Verbesserungen und Beschleunigungen operativer Abläufe in Planungs- und Genehmigungsbehörden und Gerichten. Bürger*innenbeteiligung ist dann erfolgreich, wenn sie verbindlich, frühzeitig und auf Augenhöhe stattfindet. Umwelt– und Klimaverträglichkeitsprüfungen werten wir auf und stellen sie an den Beginn des Verfahrens. Die Erfahrungen und die Expertise von Naturschutz- und Umweltverbänden wollen wir stärker würdigen und eine Nutzung vertraglich regeln.

Beim Ausbau der Windenergie leiten wir einen Systemwechsel ein. Mit einer Bund-Länder-übergreifenden Bedarfsplanung legen wir bis zu zwei Prozent der Landesfläche als Vorrangfläche fest. Dabei sind Schwerpunktvorkommen besonders konfliktträchtiger, windenergiesensibler Tierarten von vornherein aus den Vorranggebieten auszuschließen. Mit Schutzprogrammen fördern wir die Population der Tierarten in den Schwerpunktvorkommen und überkompensieren damit mögliche negative Auswirkungen auf einen Teil der Population in den Vorrangflächen. Wo es sinnvoll ist, nutzen wir Repowering zur Übersiedlung der neuen Anlagen in Vorranggebiete. Auch technische Lösungen wie Überwachung der Rotoren in Echtzeit mit Abschaltautomatik für die Erkennung von Greifvögeln oder Fledermäusen können die Tiere besser schützen.

Umweltverwaltung stärken und Umweltkriminalität konsequent verfolgen

Starke Gesetze zum Schutz von Umwelt und Natur können nur wirken, wenn sie auch konsequent angewandt werden. Die mehr als 30 EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik und das Land NRW wegen nicht umgesetzter Umweltgesetzgebung stehen sinnbildlich für die Probleme bei der Umsetzung. Als unabhängiger Anwalt der Umwelt leistet die Umweltverwaltung einen wichtigen Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, den Erhalt öffentlicher Infrastruktur und der Sicherung des Wirtschafts- und Industriestandortes. Mit einem Zukunftsplan stärken wir die Umweltverwaltung. Dazu gehört insbesondere eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung, damit der Umweltschutz nicht an unterbesetzten Behörden scheitert. Mit gezielten Kampagnen unterstützen wir die Gewinnung von Fachkräften. „Grüne Telefone“ als unabhängige Umweltbeschwerdestellen werden auf allen Ebenen die Regel, damit Missstände nicht im Verborgenen bleiben. Die Kommunikation zwischen den Behörden, ehrenamtlichem Naturschutz und Naturschutzbeauftragten, Privatpersonen und Unternehmen stärken wir. Durch die Digitalisierung entlang landesweiter Standards zur Verbesserung, Entbürokratisierung und Beschleunigung operativer Maßnahmen kann und muss die Arbeit effizienter, transparenter, bürger*innennäher und wirtschaftlicher werden.

Umweltverbrechen sind kein Kavaliersdelikt. Die von Schwarz-Gelb abgeschaffte Stabsstelle Umwelt- und Verbraucherschutzkriminalität setzen wir wieder ein und entwickeln sie zu einer zentralen Koordinierungsstelle weiter. Zu ihren Aufgaben gehören Sensibilisierung, Vermittlung von Wissen und die Vernetzung von Akteuren wie (Umwelt-)Behörden, Polizei und Staatsanwaltschaften. Wir bündeln die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden in einer neuen „Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität“ mit landesweiter Ermittlungsbefugnis.

Wir wahren das Naturerbe in NRW für die nächsten Generationen – Mit einer Stiftung Naturerbe NRW

Das Naturerbe in Nordrhein-Westfalen steht unter Druck durch Privatisierung und Zersiedelung. Für uns gilt: Das Naturerbe gehört uns allen und darf nicht hinter hohen privaten Zäunen der Gemeinschaft entzogen werden. In einer rechtlich selbstständigen „Stiftung für das Naturerbe in NRW“ bündeln wir die Naturflächen im Besitz des Landes in einer zentralen Stelle und schützen sie damit vor Privatisierung. Durch aktiven Zukauf von Flächen und Flächenaustausch bei Projekten mit landesweiter Bedeutung schaffen wir einen landesweiten, dauerhaft geschützten Biotopverbund, der für Generationen allen Menschen im Land offenstehen und Natur erlebbar machen wird.

Natur und Umwelt lernen – Wir bilden Naturschützer*innen von Morgen

Das Wissen über den Schutz von Umwelt, Natur und Klima ist nicht selbstverständlich. Wenn mehr Menschen jeden Alters und aus jedem sozialen Milieu informiert sind, mehr Menschen in ihrer ganz eigenen Art und Weise Naturschützer*innen werden, dann können wir die Klima- und Artenkrise gemeinsam

besser meistern. Dabei leitet uns das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), das wir in allen Bildungsbereichen fest verankern werden. Das Wissen über die internationalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (sustainable development goals) und die sozial-ökologische Transformation zur Erreichung dieser Ziele werden so in die Breite der Gesellschaft getragen – von der Kita, über die Lehrerinnenbildung bis zur Senioren-Uni. Dafür setzen wir einen Rahmen, der von den Bildungsträgern mit ihren didaktischen Konzepten mit Leben gefüllt werden kann. In den regionalen Bildungsnetzwerken wird Bildung für nachhaltige Entwicklung zu einer tragenden Säule. Wir fördern außerschulische Kooperationspartnerschaften und bauen die BNE-Regionalzentren zu einem landesweiten BNE-Landesnetzwerk aus, das mehr Projekte, Netzwerkpartner und kommunale Aktivitäten beinhaltet.

Unseren Wald für die nächsten Generationen bewahren

Wälder verdienen unseren besonderen Schutz. Sie sind eine wesentliche CO_2-Senke und als solche unsere stärksten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise. Gleichzeitig sind sie selbst im Klima-Dauerstress. Aus diesem Grund machen wir den Waldumbau hin zu naturnahen, arten- und strukturreichen Wäldern zum Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft. Hier werden klima-tolerante und heimische Baumarten zum neuen Normal. Das gilt für Wald in öffentlicher Hand genauso wie für den privaten Waldbesitz. Damit es gelingt, bauen wir die Angebote des Vertragsnaturschutzes im Bereich des Privatwaldes aus. Außerdem entwickeln wir das Forstliche Bildungszentrum in Arnsberg zu einem Waldbildungszentrum weiter, um hier verstärkt ökologische und klimatologische Zusammenhänge zu vermitteln. Daneben stärken wir den Waldnaturschutz und werden weitere Wildnis-Gebiete ausweisen.

Der Waldumbau gelingt nur mit den Waldeigentümer*innen zusammen. Wir werden geeignete Förder- und Beratungsinstrumente schaffen, die den Waldumbau zu einer naturgemäßen Waldwirtschaft vorantreiben. Forstbetriebsgemeinschaften und forstliche Zusammenschlüsse wie Waldgenossenschaften sind sehr gut geeignet, um die Potenziale kleiner privater Waldflächen zu bündeln und die Waldbesitzer*innen fachlich und wirtschaftlich zu unterstützen. Die Gründung von Bürger*innenwaldgenossenschaften werden wir unterstützen, um Bürger*innen aktiv in den Schutz des Waldes mit einzubeziehen. Der wachsenden Waldbrandgefahr begegnen wir, indem wir die Kommunen in der Brandprävention und der effektiven Brandbekämpfung unterstützen.

Der Wald ist Artenbewahrer und Häuslebauer

Naturverjüngung – also der sich selbst erneuernde Wald – ist zentral für eine naturnahe Wiederbewaldung von Kahlflächen. Ein naturverjüngter Wald ist ein wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten. Doch in vielen Teilen Nordrhein-Westfalens verhindern deutlich überhöhte Wildbestände genau diesen wichtigen Prozess. Um den Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwäldern gestalten zu können, ist eine konsequente Reduzierung der Wildbestände auf ein verträgliches Maß erforderlich. Öffentliche Gelder zur Herstellung einer naturnahen Waldnutzung sollten daher zukünftig nur dann erteilt werden, wenn gleichzeitig das notwendige ökologische Wildmanagement erfolgt.

Holz ist ein wertvoller, klimaneutraler Baustoff, der nachwächst und CO_2 über viele Jahrzehnte lang binden kann. Deshalb wollen wir in Zukunft stärker auf den Baustoff Holz aus unseren heimischen Wäldern setzen. Öffentliche Gebäude sollen hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie statt mit Kies und Zement verstärkt aus Laub- und Nadelholz gebaut werden. Wir wollen auch für die kommunale Ebene entsprechende Anreize setzen und entsprechend die Verwendung von Holz im Baugewerbe stärker unterstützen.

Sauberes Trinkwasser – immer und überall

Nitrat, Pestizide, Medikamentenreste und Mikroplastik haben in unseren Gewässern nichts zu suchen. Eine der größten Belastungen für unser Trinkwasser geht nach wie vor von Nitrateinträgen aus der Landwirtschaft aus. Aber auch der Einsatz von Pestiziden setzt unseren Gewässern zu. Diese Stoffeinträge stellen die Wasserversorger bei der Aufbereitung unseres Trinkwassers schon heute vor erhebliche finanzielle Herausforderungen. Wir unterstützen daher Landwirt*innen und die Wasserwirtschaft beim Schutz von Wasser und Umwelt und setzen die bestehenden Regeln zum Gewässerschutz konsequent um. Um unser Wasser sauber zu halten, fördern wir nachhaltige Formen der Landnutzung und Tierhaltung. Erdgasförderung oder tiefe Geothermie mittels „Frackings“ gefährden unser Trinkwasser. Daher lehnen wir diese Technologien auch aus Gründen des Trinkwasserschutzes ab.

Wir wenden konsequent das Vermeidungs- und Vorsorgeprinzip und die Herstellerverantwortung bei Verschmutzungen unseres Wassers an. Zur fairen Verteilung der steigenden Kosten für die Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung, setzen wir einen Verursacherfonds auf und reformieren die Abwasserabgabe. So stärken wir die Produktverantwortung von Herstellern. Die Wiederverwendung von Abwässern und Speicherung von Regenwasser werden wir regeln und Anreize zum Wassersparen schaffen. Um unsere Gewässer und Böden als Lebensraum und Quelle für unser Trinkwasser zu schützen, muss eine Verbesserung der Klärtechnologie und die dafür notwendige Finanzierung sichergestellt werden.

Wasser ist unser Lebensmittel Nr. 1 und sollte daher allen Menschen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Daher ergreifen wir die Initiative für eine flächendeckende Trinkwasserversorgung an öffentlichen Plätzen, indem wir die Kommunen in rechtlichen und organisatorischen Fragen unterstützen. Wir setzen die europäische Trinkwasserrichtlinie vollständig um.

Wir schützen den Lebensraum Wasser

Die zurückliegenden Hitzesommer und Flutkatastrophen machen die Auswirkungen der Klimakrise zunehmend spürbar. Wir entwickeln eine „Zukunftsstrategie Wasser”, um angemessen auf die Auswirkungen der Klimakrise reagieren zu können. Auch Maßnahmen zur Verteilung der Wasserressourcen schreiben wir darin fest. Die europäische Wasserrahmenrichtlinieverlangt eine Wiederherstellung des naturnahen Zustandes unserer Gewässer.

Diese Vorgaben werden zum Schaden von Umwelt und dem Menschen schon viel zu lange ignoriert. Das werden wir ändern. Denn lebendige, durchgängige und naturnah fließende Gewässer bilden mit ihren Auen wichtige Lebensräume fürverschiedene Arten und leisten daher einen unersetzlichen Beitrag zum Erhalt

der Biodiversität. Im Sinne eines ökologischen Hochwasserschutzes verankern wir das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung mit Mooren, Auwäldern und Feuchtwiesen stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung.

Wo „Wasserschutzgebiet“ drauf steht, muss auch Wasserschutz drin sein.Deshalb überarbeiten wir das Landeswassergesetz und stärken den Wasserschutz nach vier Jahren des Rückschritts wieder. Derzeit blockieren viele tausend Querbauwerke, Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Um die Wasserkraftnutzung mit den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie in Einklang zu bringen, müssen insbesondere kleine Wasserkraftanlagen unter ökologischen Aspekten weiterentwickelt werden. Fisch- und fließgewässerfreundliche Wasserkraftwerke sollten bevorzugt werden und können zur Verbesserung des Fließgewässers beitragen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stromerzeugung leisten. Verrohrte Bäche im Stadtgebiet sollten – wo möglich – offengelegt und renaturiert werden.

Saubere Luft – überall in NRW

Saubere Luft ist überlebenswichtig. Jedes Jahr sterben in Deutschland 70.000 Menschen vorzeitig aufgrund schlechter Luft. Gerade Menschen mit geringen Einkommen können es sich nicht aussuchen, ob sie an belasteten Hauptverkehrsstraßen oder in der Nähe einer stickstoff-lastigen industriellen Massentierhaltung leben. Insofern ist saubere Luft auch eine Frage der Gerechtigkeit. Mit der Wende hin zu schadstoffarmem, emissionsfreiem Verkehr und Kraftwerk, mehr Stadtgrün und weniger versiegelten Flächen machen wir die Luft sauberer. In der Landwirtschaft senken wir die Stickstoff- und Pestizidbelastung durch die Stärkung einer bäuerlichen Landwirtschaft, die ihre Tierbestände wieder an die vorhandene Fläche anpasst und in tiergerechten Ställen hält.

Die Überschreitung von Grenzwerten ist keine Bagatelle, sondern gefährdet die Gesundheit der Menschen. Statt auf die nächste Klage zu warten, setzen wir die Grenzwerte konsequent um und unterstützen Kommunen und Kreise dabei, bevor es überhaupt zu Klagen kommt. Wir legen ein Programm zur Verbesserung des Messnetzes auf, das insbesondere bisher ausgesparte Orte wie Flughäfen, Flusshäfen und Wohnbebauung einschließt. Zurzeit nicht erfasste, aber hochgefährliche Schadstoffe wie Ultrafeinstäube nehmen wir in das Messnetz auf und überwachen sie systematisch. Beim Gesundheitsschutz darf es keine Lücken geben.

Wir stärken Bäuer*innen, Tiere und Natur

Gute Nahrungsmittel aus einer gesunden Natur – Sicherheit für Landwirt*innen

Gute Lebensmittel von artenreichen Feldern und von gesunden Tieren, hergestellt von Bäuer*innen mit sicherem Einkommen in NRW. Das ist unser grüner Plan für die Landwirtschaft der Zukunft. Immer mehr Menschen wollen regionale, klimafreundliche und gesunde Lebensmittel kaufen – und immer mehr Landwirt*innen wollen diese produzieren. Wir geben dieser Bewegung Rückenwind und wollen die Rechte der Konsument*innen durch einen besseren Verbraucher*innenschutz stärken sowie die Bäuer*innen beim Umstieg unterstützen. Landwirtschaft und der Schutz von Tieren, Klima, Umwelt und Gewässern sind keine Gegensätze, sondern bedingen

einander. Ohne eine intakte Natur, fruchtbare, Böden, sauberes Wasser und ein stabiles Klima können Landwirt*innen auf Dauer nicht sicher arbeiten. Schon heute tragen viele Landwirt*innen aktiv zum Schutz der natürlichen Ressourcen bei. Sie werden wir weiter unterstützen und allen, die den Aufbruch wagen, unter die Arme greifen. Das geht nur im engen und offenen Austausch zwischen Landwirt*innen, Verbraucher*innen und Wissenschaftler*innen.

Unser Leitbild ist die ökologische, strukturreiche und bäuerliche Landwirtschaft, die auf einem Fundament von Pestizidfreiheit, Tiergerechtigkeit und Gentechnikfreiheit steht. Eine industrialisierte Massentierhaltung hat in der Landwirtschaft der Zukunft hingegen keinen Platz. Mit einer gezielten Förderung naturverträglicher Landwirtschaft geben wir mehr und mehr landwirtschaftlichen Betrieben die Planungs- und Investitionssicherheit, die sie brauchen. Unser Ziel ist es, den Anteil des Ökolandbaus von heute knapp sieben Prozent auf 25 Prozent bis 2030 zu steigern, wie es die von uns unterstützte erfolgreiche „Volksinitiative Artenvielfalt“ fordert. Gemeinsam mit dem Bund setzen wir die europäischen Vorgaben zur Verringerung des Stickstoffeintrages durch Düngemittel konsequent um und schützen so Trinkwasser und Böden. Mittelfristig reduzieren wir den Viehbestand auf ein umwelt- und tierverträgliches Maß.

Landwirtschaft entwickelt sich weiter. Wir wollen dabei die Agrarforschung hin zu einer naturverträglichen Landwirtschaft ausweiten, von vielfältigen Fruchtfolgen, über widerstandsfähige Anbausysteme bis hin zu Agroforstansätzen.

Eine Landwirtschaft ohne Pestizide – Für Bienen, Vögel und Co.

2100 Tonnen Pestizide wurden im Jahr 2017 landesweit auf den Feldern ausgebracht. Mit verheerenden Folgen für die Artenvielfalt auf und neben dem Acker und der Gesundheit von uns Menschen. Unser Ziel ist es, die Abhängigkeit der modernen Landwirtschaft von chemisch-synthetischen Pestiziden zu überwinden. Mit einem verbindlichen Pestizidreduktionsprogramm halbieren wir den Einsatz von Pestiziden kurzfristig. Besonders die für die Artenvielfalt kritischen Pestizide finden keinen Einsatz mehr. Als Steuerungsinstrument setzen wir auf eine NRW-Pestiziddatenbank, mit der die Abkehr von Pestiziden für alle transparent und planbar wird.

Wir lassen die Landwirt*innen auf diesem Weg nicht allein. Wo durch die Umstellung Mehrkosten anfallen, wollen wir die Landwirt*innen mit Förder- und Ausgleichskonzepten unterstützen und ihnen mit Beratungsangeboten zur Seite stehen.

Die Kosten für Umwelt und Gesundheit durch einen aus dem Ruder gelaufenen Pestizideinsatz zahlen gerade wir alle, besonders auch die Menschen auf dem Land. Mit einer verursacherorientierten Pestizidabgabe, vorzugsweise auf Bundesebene, geben wir den Schäden einen ehrlichen Preis und nutzen die Einnahmen gezielt für die Umstellung auf eine pestizidarme Landwirtschaft und die Wiederherstellung intakter Natur.

Der Einsatz für Natur, Tiere und Menschen muss sich für die Landwirt*innen lohnen

Der Löwenanteil der Agrarförderung geht derzeit an die größten Betriebe, nicht an diejenigen, die tagtäglich mit großem Aufwand gesunde Lebensmittel im Einklang mit der Natur erzeugen. In Nordrhein-Westfalen werden wir alle Möglichkeiten nutzen, damit das öffentliche Geld von EU, Bund und Land an die Bäuer*innen und Betriebe geht, die mit ihrem Schutz von Natur und Tieren eine öffentliche Leistung erbringen. Der Umstieg in eine insekten- und vogelfreundliche Landwirtschaft muss sich lohnen.

Gerade kleine Feldeinheiten und bäuerliche Betriebe sind gut für die Artenvielfalt und bilden das Rückgrat des ländlichen Raums. Mit zielgerichteter Unterstützung bäuerlicher Betriebe stoppen wir das Sterben kleiner Höfe. Durch den Ausbau sozialökologischer Beratungsangebote für Familienbetriebe bieten wir konkrete und niederschwellige Hilfe, damit der Übergang zwischen den Generationen und in die Landwirtschaft der Zukunft gelingt. Bestehende Programme zum Umbau der Tierhaltung hin zu mehr Tierwohl sind für viele kleine Unternehmen durch zu hohe Anforderungen versperrt. Statt umzubauen, geben so viele Betriebe auf. Wir setzen ein landeseigenes Förderprogramm auf, das gezielt Bauvorhaben kleinerer und mittlerer Betriebe fördert und schließen so eine Lücke in der Agrarförderung. Wo Arbeitsbedingungen in landwirtschaftlichen Betrieben und dem verarbeitenden Gewerbe untragbar sind, greifen wir hart gegen Ausbeutung durch und unterstützen bessere Arbeitsschutzvorgaben auf Bundes- und EU-Ebene.

Genuss für Artenvielfalt und Natur

Viele Menschen wünschen sich regionale, handwerkliche Produkte aus einer bäuerlichen Landwirtschaft. Wir richten in jedem Kreis und jeder Großstadt ein Zentrum für handwerkliche Lebensmittelverarbeitung ein. In enger Zusammenarbeit mit den Kommunen und den dortigen Betrieben wird vor Ort entschieden, was gebraucht wird, vom Wiederaufbau eines kleinen Schlachthofes bis zu einer regionalen Vertriebsstelle.

Zuverlässige Abnahme schafft Sicherheit. Mit dem „300 mal 30 Prozent-Programm“ fördern wir mindestens 300 Kantinen und Mensen von Betrieben, Krankenhäusern, Behörden, Kitas und Schulen dabei, mindestens 30 Prozent ihrer Produkte aus dem Ökolandbau zu beziehen – so viel wie möglich davon regional, direkt von den Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. Hochwertiges Bio-Fleisch aus der Region machen wir von der Ausnahme zum Standard, vollwertige fleischfreie und vegane Angebote zur täglichen Selbstverständlichkeit. So schaffen wir regionale Märkte mit fairen Preisen und Planungs- und Investitionssicherheit für landwirtschaftliche Betriebe. Und nicht zuletzt: Orte, an denen viele Menschen gesundes und ökologisch produziertes Essen aus ihrer Region genießen können!

12 Millionen Tonnen noch essbarer Lebensmittel werden jedes Jahr in Deutschland weggeworfen, ein großer Teil davon auch in NRW. Gemeinsam mit dem Bund weiten wir Projekte zur Eindämmung dieser Lebensmittelverschwendung aus, verpflichten den Handel und Produzent*innen genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben und entkriminalisieren das Retten von Lebensmitteln, das so genannte „Containern“.

Tiere haben ein Recht auf ein gutes Leben

Mit einer ambitionierten „Landesstrategie Nutztierhaltung“ wollen wir die Tierhaltung deutlich verbessern und für tiergerechte Haltungsbedingungen in nordrhein-westfälischen Ställen sorgen.

Wir verbessern den Tierschutz auf den Schlachthöfen in Nordrhein-Westfalen. Insbesondere bei tierschutzsensiblen Arbeitsbereichen wie dem Zutrieb, der Betäubung und dem eigentlichen Töten, muss die bisherige Akkordarbeit beendet werden. Wir stärken die Kontrollen durch unabhängige Kontrolleur*innen und setzen auf flächendeckenden Einsatz von Videokontrollen. Jedes Jahr werden Millionen von Schweinen vor der Schlachtung mit Kohlendioxid betäubt, obwohl es Zweifel an Wirksamkeit und Schmerzfreiheit gibt. Wir setzen auf tierschutzkonforme Alternativen für die CO_2-Betäubung.

Lange Lebendtransporte bedeuten für die Tiere ungeheure Strapazen und nicht selten qualvolles Leiden. Wir beschränken Tiertransporte aus NRW in andere EU-Länder ausnahmslos auf maximal vier Stunden, genehmigen sie nur unter strengen Tierschutz-Auflagen und kontrollieren diese besser. Da bei Lebendtiertransporten in Nicht-EU-Länder die Einhaltung der Tierschutz-Standards nicht gewährleistet werden kann, werden wir diese Transporte aus NRW beenden und uns für ein bundesweites Verbot einsetzen.

Mehr Power für den staatlichen Tierschutz

Um Tierschutz durchzusetzen, ist es unerlässlich, dass der oder die Landestierschutzbeauftragte in Zukunft endlich weisungsunabhängig agieren kann. Wir machen den Tierschutz in NRW effektiv, indem wir diesen in einem Ministerium bündeln. Die seit Jahren anhaltende, unzureichende personelle Ausstattung der Veterinärämter hat immer wieder zur Konsequenz, dass massive Tierschutzverletzungen nicht geahndet werden. In zu vielen Fällen werden Vergehen nicht durch die örtlichen Veterinärämter aufgedeckt, sondern durch Tierschützer*innen, Bürger*innen oder Journalist*innen. Nicht selten bringen diese sich bei dieser Aufklärungsarbeit selbst in Gefahr. Daher führen wir das abgeschaffte Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände so schnell wie möglich wieder ein und bauen es aus, indem wir eine Feststellungs- und Anfechtungsklage mit der Möglichkeit einer aufschiebenden Wirkung für alle tierschutz-relevanten Bereiche einführen.

Tierversuche reduzieren, Haustiere schützen

Die Zahl der Tierversuche ist seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau, obwohl die Alternativen in den letzten Jahren vielfältiger und aussagekräftiger wurden. Wir setzen uns für ein Verbot von Tierversuchen ein, für die es anerkannte, tierleidfreie Alternativen gibt. Mit klaren Zielvereinbarungen, gezielter Förderung und eindeutigen Vorgaben reduzieren wir die Anzahl der Tierversuche deutlich und streben ein Ende von Tierversuchen an. Auch im privaten Bereich kann der Tierschutz noch verbessert werden. Mit einem Gefahrtiergesetz stellen wir sicher, dass potenziell für andere Menschen gefährliche Tiere gut und sicher gehalten werden. Wir lehnen Reptilien- und Exotenbörsen ab und setzen uns für eine stärkere Kontrolle ein. Das bestehende

Gifttiergesetz ist deutlich zu kurzgefasst und leistet keinen Beitrag zur Eindämmung des Handels und der Haltung mit und von exotischen Wildtieren.

Tierheime übernehmen eine wichtige gesellschaftliche Funktion, werden aber finanziell und strukturell vernachlässigt. Viel zu oft ist ihre Finanzierung von Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Sponsoring abhängig. Wir führen landesweit eine verbindliche Vergütung von Tierheimen für die Unterbringung von Heimtieren ein, damit die Tierheime sicher planen und Tiere bestmöglich schützen können. Seit Jahren sind sich Expert*innen darüber einig, dass Wildtiere unter den Bedingungen nicht ortsfester Einrichtungen (Zirkusbetriebe) nicht art- und damit tierschutzgerecht gehalten werden können. Trotz mehrerer Initiativen des Bundesrates kam es bisher nicht zu einem Verbot der Mitführung von Wild- und Großtieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten Zirkusleitlinien unverzüglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen überarbeitet und in diesem Punkt angepasst werden.

Wir bewahren unsere Landschaften und unseren Boden

Mit neuen Konzepten gegen den Flächenfraß

Unser Boden ist eine endliche Ressource. In keinem anderen Flächenland ist er so knapp wie im dicht besiedelten NRW. Gleichzeitig ist der Verbrauch von Fläche durch Bebauung und den Rohstoffabbau eine der Ursachen für die schlimmsten Umweltprobleme, angefangen beim Artensterben, über Dürre- und Hochwasserereignisse bis hin zur Erderwärmung. Wir machen endlich Ernst im Kampf gegen den Flächenfraß – mit einem klaren Rechtsrahmen und intelligenten Lösungen. Dazu schreiben wir zunächst eine Obergrenze für den Flächenverbrauch von fünf Hektar pro Tag im Landesentwicklungsplan (LEP) fest. Bis spätestens 2035 wollen wir dafür sorgen, dass nicht mehr Fläche verbraucht, als gleichzeitig entsiegelt wird. Mit Hilfe von tauschbaren Flächenentwicklungs-Zertifikaten sorgen wir dafür, dass unsere Kommunen und Kreise Entwicklungsspielräume behalten. Gleichzeitig setzen wir mit einer Versiegelungsabgabe Anreize, Flächen der Natur zurückzugeben. Um für den verbleibenden Flächenverbrauch zukünftig einen wirksamen und ortsnahen ökologischen Ausgleich sicherzustellen, führen wir ein klares Ökopunktesystem ein.

Brachflächen reaktivieren, Altlasten entsorgen

Der jahrzehntelange Strukturwandel hat sichtbare Spuren in Form von industriellen und gewerblichem Brachflächen hinterlassen. Hier soll Neues entstehen. Doch Entgiftung, Abriss und Verkehrsanschluss sind für private Investor*innen und Kommunen oft unwirtschaftlich oder einfach nicht leistbar. Darum verstärken wir das Engagement des Landes bei der Reaktivierung von Brachflächen. Dazu bauen wir den Grundstücksfonds NRW zu einem landesweiten Brachflächen- und Grundstücksfonds aus. Mit seiner Hilfe geben wir Kommunen die Möglichkeit, Flächen anzukaufen, zu entwickeln und neu zu nutzen. Parallel verdoppeln wir die Fördermittel des Landes für die Beseitigung von Altlasten auf

kommunalen Flächen und machen diese auch für gemeinnützige und gemeinwohlorientierte Grundstückseigentümer*innen zugänglich.

Mehr grün, weniger grau: neue Standards in der Flächenentwicklung

Unser langfristiges Ziel ist eine Gesellschaft, die nicht mehr Fläche verbraucht, als sie der Natur zurückgibt. Bis es so weit ist, setzen wir neue klima- und umweltfreundliche Maßstäbe bei der Flächenentwicklung. Tote Schottergärten, Parkplatzwüsten oder Industriebauten mit dem energetischen Standard von Wellblechhütten wird es mit uns zukünftig nicht mehr geben. Stattdessen setzen wir auf verkehrsberuhigte Plus-Energie-Siedlungen, Null-Emissions-Gewerbeparks und kühle, artenreiche Gärten. Mit einer Reform des Landesplanungsgesetzes geben wir unseren Städten und Gemeinden die Möglichkeit, über kommunale Entwicklungssatzungen geeignete Standards für die Erschließung von Grundstücken, nachhaltiges Bauen, regenerative Energiekonzepte, die ökologische Gestaltung von Gärten und Freiflächen, die Versickerung von Regenwasser oder die Begrünung von Dächern festzulegen.

"Wohnen über dem Supermarkt, parken darunter": Wir nutzen bebaute Fläche effektiver

Den Flächenfraß aufhalten bedeutet auch, bereits bebaute Flächen effektiver zu nutzen. Wir geben unseren Kommunen dafür neue Instrumente an die Hand und fördern innovative Bebauungs- und Nutzungskonzepte. Dazu werden wir die Landesbauordnung ändern, um unterschiedliche Nutzungen auf einem Grundstück, wie z.B. die Wohnung über dem Supermarkt, leichter vereinen zu können. Wir geben Kommunen die Möglichkeit, hierzu Vorgaben zu machen. Um zusätzlichen Wohnraum auf vorhandenen Flächen zu schaffen, werden wir Dachausbauten und Aufstockungen fördern und dazu die soziale Wohnraumförderung und die bestehenden Förderprogramme zur Gebäudesanierung erweitern. Großflächig betonierten Parkplätzen vor Firmengebäuden oder Supermärkten werden wir einen planungsrechtlichen Riegel vorschieben und durch die Festschreibung von Tiefgaragen und Parkhäusern Fläche schonen. Dabei werden wir dafür sorgen, dass in urbanen Gebieten ganz auf Stellplätze verzichtet werden kann und senken durch bedarfsgerechte Vorgabe von Stellplätzen die Baukosten.

Eine Landgesellschaft für den Naturschutz und die Land- und Forstwirtschaft

Grund und Boden wird nicht nur für den Siedlungsbau gebraucht. Auch wer Flüsse renaturieren, Landwirt*innen fördern und eine ökologische Forstwirtschaft umsetzen will, ist auf die knappe Ressource Boden angewiesen. Was in anderen Bundesländern schon lange erprobt ist, wollen wir jetzt in NRW realisieren: Mit einer gemeinnützigen „Landgesellschaft“können wir Boden für ökologische, aber auch für agrar- und forststrukturelle Zwecke bevorraten und vergeben. So steuern wir die Bewirtschaftung unbebauter Flächen und sorgen für eine gemeinwohlorientierte Nutzung. Um eine auf sozialökologische Belange abgewogene Grundstücksvergabe zu gewährleisten, schaffen wir eine solide gesetzliche

Grundlage zur Bestimmung der Gemeinwohlkriterien und installieren ein unabhängiges und fachübergreifendes Aufsichtsgremium.